

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 8
September 2020



Pakistan

„Zieht weg oder wir töten Euch. Wir wollen keine Ungläubigen in unserer Siedlung“

Joseph Nadeem hatte für sich und seine Familie in einer Kolonie in Peschawar ein Haus gekauft und stellte sich den Nachbarn vor. Als sie erfuhren, dass er Christ ist, ließen sie ihn und seine Familie spüren, dass sie keine nichtmuslimischen Nachbarn haben wollen. Die einen sagten nur, dass es ihnen unangenehm sei, wenn Christen ihre Nachbarn seien, andere hingegen belästigten seine Söhne Abadish (20 Jahre alt) und Ephrahim (18 Jahre alt). Abdus Salam Khan, der direkte Nachbar von Joseph, drohte mit schweren Konsequenzen, sollten sie nicht wegziehen. Am 2. Juni 2020 eskalierte die Situation, Abadish Nadeem berichtet:

„Als ich am 2. Juni 2020 gegen 22:00 Uhr nach Hause kam, hielten mich Abdus Salam Khans Söhne Salman und Suleiman vor der Tür unseres Hauses an, schlugen auf mich ein und riefen: ‚Ihr seid schmutzige Christen. Wir wollen keine solchen Kafirs in unserer Nachbarschaft‘. Ich hatte Angst und erzählte das meinem Vater. Er ging hinaus, um mit ihnen zu sprechen, aber es schien, dass sie bereits Gewalt geplant hatten. Sie packten meinen Vater am Kragen zerrten ihn mitten auf die Straße, würgten ihn und schlugen ihn zusammen. Währenddessen kam eine Frau aus deren Haus, reichte Suleiman eine Waffe, der direkt auf meinen Vater schoss. Eine Kugel traf ihn im Bauch, er fiel hin und blutete stark. Der Nachbar stand über ihm und würgte ihn weiter. Meine Großmutter Elisabeth, im Glauben, dass niemand einer älteren Frau etwas tun würde, ging zu meinem Vater, um ihm zu helfen. Aber Suleiman und einige Freunde zerrten sie brutal weg. Er feuerte auf sie. Ein Schuss traf ihre Schulter. Meinem Onkel, der zu Besuch war, schoss er ins Bein, als er Großmutter helfen wollte. Meine



Shahen Nadeem mit den Söhnen Abadish und Ephrahim zwischen dem Voice-Team

Mutter und ihre Schwester baten die Angreifer, unser Leben zu schonen. Sie legten ihre Waffen weg, nachdem wir versprochen hatten, das Haus zu verlassen. Kein einziger der anderen Nachbarn griff ein. Stattdessen beobachteten sie uns mit so viel Hass in den Augen, dass ich es nicht einmal erklären kann. Wir riefen den Krankenwagen, der meinen Vater, meine Großmutter und meinen Onkel zum Lady Reading Hospital brachte, wo mein Vater vor einem Monat an den Folgen des Angriffs verstarb.“

Die Polizei nahm Salman Khan zusammen mit der Mordwaffe und seine beiden Söhne fest. Salman Khan wurde kurz darauf wegen mangelnder Beweise freigelassen. Gegen seine Söhne läuft eine Verhandlung über ihre Freilassung gegen Kautions vor dem Sitzungsgericht Peshawar. Ihre Chancen sind günstig, denn die Polizei hatte die Aussagen der Familie Nadeem und weiterer Zeugen nicht aufgezeichnet. Familie Nadeem befürchtet nun weitere Angriffe. Die Medien bemühten sich, den Angriff als eher belangloses kriminelles Verbrechen hinzustellen, statt die Wahrheit, nämlich religiösen Hass, beim Namen zu nennen.

Rechtsanwältin Aneeqa Maria Anthony und ihr Team von Voice kümmern sich um die Sicherheit der Familie, die in einem für diese Zwe-

cke angemieteten Haus untergebracht und versorgt werden muss. Die Familie ist nun für mehrere Wochen ganz von der Hilfe von Voice abhängig, bis sicher ist, dass von Familie Khan keine weiteren Nachstellungen zu erwarten sind. Schon in früher geschichteten Fällen haben wir berichtet, dass Voice etwa 500 € monatlich für Miete des Hauses, die Sicherheit und die Versorgung der Familie aufbringen muss.

Dafür erbitten wir Ihre Hilfe.

**Kennwort für Ihre Spende:
VOICE (53)**

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

das Streben um die Achtung der Menschenrechte ist in weiten Teilen der Welt spürbar zurückgegangen, eine Umkehr ist derzeit nicht in Sicht. Radikale religiöse Gruppierungen, Diktatoren und Autokraten, aber auch jene, die Verantwortung abschieben, die wegsehen oder schweigen, sind verantwortlich für die Zunahme von Gewalt gegen Andersgläubige, Andersdenkende und Oppositionelle, von Flüchtlingen, von Armut und Perspektivlosigkeit. Die IGFM klagt an, nennt die Täter beim Namen, fordert mehr Mut und Verantwortungsübernahme – und sie hilft Opfern und dokumentiert ihre Schicksale. Wir kämpfen für ein Umdenken, für Recht in Freiheit. Bitte helfen Sie mit!

Ihr

Karl Hafén



Rechtsanwältin und IGFM-Kuratoriumsmitglied Nasrin Sotoudeh im Gefängnis im Hungerstreik

Die tapfere Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh (57) ist im Teheraner Evin-Gefängnis in den Hungerstreik getreten. Der Trägerin des Sacharow-Preises des Europäischen Parlamentes - sie ist seit 2013 auch Mitglied im Kuratorium der IGFM - gelang es, aus dem Gefängnis heraus eine Botschaft mitzuteilen. Darin heißt es:

„Menschenrechtsaktivisten! Inmitten der Corona-Krise, die den Iran und die Welt erfasst hat, ist die Situation der politischen Gefangenen so schwierig geworden, dass es unmöglich ist, ihre Haft unter diesen bedrückenden Bedingungen fortzusetzen. Ihre Fälle basieren auf unglaublichen Anklagen wegen Spionage, Handeln gegen die nationale Sicherheit, Korruption und Prostitution sowie Bildung illegaler Gruppen auf Telegramm-Kanälen, was bis zu 10 Jahre Gefängnis oder ein Todesurteil nach sich ziehen kann. (...)

Die Richter der Revolutionsgerichte sagen den politischen Angeklagten rücksichtslos und wiederholt, dass sie ihre Urteile ausschließlich auf der Grundlage von Berichten von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten fällen, und der Vernehmungsbeamte informiert die Angeklagten bei ihrer Verhaftung im Voraus über das Urteil. Anwälte, die der Wut der Richter der Revolutionsgerichte ausgesetzt sind, werden ins Gefängnis gebracht. Angeklagte, die sich unglaublich schwerwiegenden Anklagepunkten ausgesetzt sahen, werden zur gesetzlichen Höchststrafe verurteilt, in einigen Fällen sogar zu mehr. Dann sitzt ein politischer Gefangener, der

unter solch ungerechten Bedingungen verurteilt wurde, ungläubig da und hofft auf einen legalen Weg. (...)

Die Korrespondenz der Gefangenen, um legale Wege zu finden, ist unbeantwortet geblieben. Da alle Briefe unbeantwortet geblieben sind, werde ich in den Hungerstreik treten



Nasrin Sotoudeh

und die Freilassung der politischen Gefangenen fordern. In der Hoffnung, in meinem Land, dem Iran, Gerechtigkeit herzustellen. Evin, Nasrin Sotoudeh 11. August 2020“

Die IGFM ist in Sorge um das Schicksal der verheirateten zweifachen Mutter.

2019 wurde sie zu 148 Peitschenhieben und 33 Jahren Haft verurteilt, von denen sie 12 Jahre absitzen muss. Man hatte sie unter anderem für schuldig erklärt, die nationale Sicherheit gefährdet, Propaganda verbreitet und sich ohne Hidschab in der Öffentlichkeit gezeigt zu haben.

Ebenfalls in großer Sorge ist die IGFM um die inhaftierte Menschenrechtlerin Narges Mohammadi. Informationen zufolge ist sie an COVID-19 erkrankt. Aufgrund einer Vorerkrankung der Lunge ist sie dabei in Lebensgefahr. Während andere Häftlinge wegen der Corona-Pandemie Hafturlaub erhielten, bleiben politische Gefangene weiterhin im Gefängnis. Die IGFM ruft zu ihrer Freilassung und zu Solidarität mit ihnen auf.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, tweetete: *„Mindestens zwölf politische Gefangene in Iran sind am Coronavirus erkrankt. Sie bezahlen mit ihrer Gesundheit für ihren Einsatz für Menschenrechte in Iran. Gemeinsam mit Nasrin Sotoudeh fordere ich: Lasst alle*

politischen Gefangenen endlich frei!“

Bereits am 20. Juli hatten iranische Menschenrechtler vor dem Kanzleramt in Berlin wegen der geplanten Hinrichtung von Amir-Hossein Moradi, Saeed Tamjeidi und Mohamad Rajabi demonstriert. Die Vollstreckung der Todesurteile wurde in letzter Minute verschoben. Ali Khademalhosseini von der Menschenrechtsgruppe „Down with Tyranny“ erklärte: *„Die Aktion auf Twitter mit mehr als zehn Millionen Tweets gegen die Hinrichtungen hat Wirkung gezeigt. Sie werden bis auf Weiteres ausgesetzt. Das bedeutet für uns und die Anwälte mehr Zeit, um sie tatsächlich zu verhindern“.*

Khademalhosseini forderte: *„Die Bundesregierung und die Europäische Kommission müssen ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber diesem mörderischen Regime umgehend einstellen.“* Außenminister Heiko Maas solle *„aufhören, sich hinter leeren Floskeln zu verstecken und politischen Mut zeigen“.*

IGFM-Vorstandsmitglied Michael Leh wies in einer Ansprache vor dem Kanzleramt auch auf das Schicksal der Frauenrechtlerin Saba Kord Afshari hin. Ihre Haftstrafe soll erneut verlängert worden sein. Frau Afshari hatte gegen die Kopftuchpflicht im Iran protestiert.

Bitte helfen Sie uns mit einer Spende, damit wir weiter den Terror des Mullah-Regimes anprangern und den Opfern helfen können!

**Kennwort für Ihre Spende:
Iran (86)**

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen, Michael Leh
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM wurden im Februar von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfermerk stellen wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Guatemala

Wohl den wenigsten der ca. 500.000 Touristen, die Guatemala jährlich besuchen, ist bewusst, dass die alte Hauptstadt Antigua Ursprung und Transitland von Frauen- und Kinderhandel ist. Die IGFM-Sektion Guatemala prangert seit Jahren an, dass Kinder an Hoteleingängen für Sex angeboten werden, und zeigt Zuhälter den Behörden an. Ein wesentlicher Grund für diese Misere ist die schlechte Schulsituation.

Trotz allgemeiner Schulpflicht im Alter von 7 bis 14 Jahren bricht ein Viertel der Kinder in Guatemala bereits die Grundschule ab. Auffallend ist die hohe Zahl von Analphabeten unter den Kindern der Maya-Völker. Nur knapp 4 Jahre gehen diese Kinder zur Schule. Auf der einen Seite liegt das an einer unzureichenden

Mit 60.000 Schulbüchern gegen Bildungsarmut der Maya-Kinder



Maya-Kinder mit neuen Schulbüchern
Bildrechte IGFM

Infrastruktur, zum anderen an fehlenden finanziellen Mitteln. Es gibt zu wenige öffentliche Schulen und die sind heillos überfüllt. Auf der anderen Seite können sich viele Familien auf dem Land die Lehr- und Lernmaterialien nicht leisten und schicken ihre Kinder zur Arbeit. Das arme guatemalteckische Kind beginnt im Alter von sechs Jahren mit Arbeit auf den Feldern oder mit dem Verkauf auf den Märkten und verdient so

etwa 20 Quetzal täglich, ca. 2 €.

In einem Netzwerk von Kinderschutzinitiativen setzt sich die IGFM-Sektion Guatemala für die Beseitigung der Kinderarbeit ein, gleichzeitig fördert sie die Bildung der indigenen Minderjährigen. Erst seit einigen Jahren wird für die Maya-Kinder auch Unterricht in ihrer Muttersprache angeboten, während sie Spanisch – eine von 22 gesprochenen Sprachen und Dialekten in Guatemala – für den Besuch einer öffentlichen Schule erst lernen mussten. Im vergangenen Jahr verteilte die IGFM 60.000 Lese- und Mathematikbücher in Spanisch und der Sprache der Maya-Kinder, überwiegend im ländlichen Raum. Die IGFM hilft auch in diesem Jahr.

Kennwort für Ihre Spende:
Guatemala (52)

Osteuropa

Rechtsmissbrauch: Die IGFM schaut genau hin

„Warum werden Staatsanwälte, die Verfahren manipuliert haben, nicht zur Rechenschaft gezogen?“ Die Rechtsanwälte Veaceslav Turcan und Maxim Belinchi hatten Klienten in Moldau vertreten, die infolge eines harten Polizeieinsatzes verletzt worden waren. Sie verlangten die Bestrafung der Verantwortlichen. Ein Staatsanwalt jedoch drehte den Spieß um und klagte seinerseits die Anwälte an, falsche Beschuldigungen

gegen die Polizisten erfunden zu haben. Ein Untersuchungsrichter leitete gegen die Anwälte ein Strafverfahren ein. Der Staatsanwalt, der den Stein ins Rollen brachte, wurde befördert und zwei neue Staatsanwälte setzten seine Handlungen fort. Doch der Untersuchungsrichter folgte nicht den Empfehlungen der Staatsanwälte und sprach die beiden Anwälte mangels Beweisen frei. Daraufhin ordnete der Generalstaatsanwalt die Berufung vor einem oberen Be-

zirksgericht an, von dem er sich eine Verurteilung versprach. Doch auch dieses Gericht verwarf die Anschuldigungen und sprach die Anwälte frei.

„Wir haben es gewagt, gegen das System zu verstoßen und die Einhaltung der Gesetze zu fordern. Stattdessen wurden wir beschuldigt, Aussagen gefälscht zu haben“, sagte Veaceslav Turcan der IGFM. Mit Hilfe der IGFM wollen sie jetzt gegen die Staatsanwälte vorgehen, die sie zu Unrecht in Untersuchungshaft gebracht hatten.



Dr. Andrej Suchorukow im Gespräch mit dem 16jährigen Maxim Nitsenko Bildrechte IGFM



Andrey Tatarintsev wird der Blutdruck gemessen



84jähriger Wissenschaftler Dr. Mekhti Logunow

Weg mit den Glas- und Gitterboxen in ukrainischen Gerichtssälen!

In früheren Ausgaben haben wir aus ukrainischen Gerichtssälen berichtet, in denen gegen zu Unrecht beschuldigte Personen verhandelt wurde. Fotos zeigen die Angeklagten abgeschirmt in Glas- und Gitterboxen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt festgestellt, dass die Vorführung von Angeklagten in einem Metallkäfig oder sogar einer Glaskiste in bestimmten Fällen als Verstoß gegen Artikel 3 und 6 der Konvention zum Schutz der

Menschenrechte angesehen wird. Infolge von Reformen haben beispielsweise Armenien und Georgien Käfige aus den Gerichtssälen entfernt. Die IGFM unterstützt solche Reformen.

Bereits seit mehreren Jahren beobachten IGFM-Mitglieder Strafverfahren in der Ukraine – 2020 werden es ca. 254 Verfahren sein – um unrechte Machenschaften, Rechtsbruch, Korruption, Einschüchterung und Machtmissbrauch aufzudecken, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft

gezogen werden können. Aufgrund unserer Berichte haben nun auch in Moldau und Armenien rechtskundige IGFM-Mitglieder begonnen, dieses „Monitoring“-Projekt auf Verfahren in ihren Ländern auszuweiten. Sie tun dies ehrenamtlich. Doch werden Reisekosten und Kosten für die Berichte fällig, die sie allein nicht schultern können. Wir bitten Sie dafür um Ihre Spende.

Kennwort für Ihre Spende:
Gerichtsverfahren (44)

„Wir leben in einer sehr gefährlichen Situation“ Sechs Jahre nach dem IS-Angriff auf die Jesiden im Shingal Gebiet ist die Hilfe der IGFM so notwendig wie zu Beginn

„Die Lage ist eine Tragödie! Christen und Jesiden verlieren ihre Heimat, ihr Leben, ihre Existenz. 30.000 jesidische Familien droht der Tod durch Hunger und Dehydrierung. ... Die Menschen sind verzweifelt. Die Lage der Flüchtlinge ist dramatisch.“ So lautete eine IGFM-Meldung vom 6. August 2014



Khalil Al-Rasho in Video-Konferenz mit Helfern im Nordirak

Schon kurz nach diesem Hilferuf machte sich IGFM-Mitarbeiter Khalil Al-Rasho im Herbst 2014 mit einem Rettungswagen, gespendet von der Arbeitsgruppe Wittlich der IGFM, und beladen mit Medikamenten, Hygiene-Artikeln und warmer Kleidung auf ins Shingal-Gebiet. Aus der ersten spontanen Hilfsaktion ist eine dauerhafte Hilfe geworden. Zu der Verteilung humanitärer Güter, insbesondere an Flüchtlinge mit schweren Behinderungen, sind die Vermittlung von IS-Opfern in Therapien, Schulunterricht, Kurse und nun auch die Beobachtung des ersten Prozesses wegen versuchten Genozids an Jesiden gegen einen IS-Terroristen vor dem Oberlandesgericht Frankfurt hinzugekommen.

Die IGFM hält wegen der Corona-Pandemie seit Mai 2020 Kontakt durch wöchentliche online-Seminare mit Lagerleitern, den Lehrern, dem Gesundheitspersonal und ganz besonders mit den 83 ehrenamtlichen Helfern in den Lagern, überwiegend rekrutiert aus Flüchtlingen selbst. Dass unsere persönliche Anwesenheit allerdings durch nichts zu ersetzen ist, belegen die täglichen Anrufe von freigekommenen IS-Opfern – Frauen, Waisenkindern – von Ärzten, Lagerpersonal und sogar aus der Politik. Aufgrund der Corona-Pandemie stehen wir vor neuen Herausforderungen:

„Das Corona-Virus hat die Stadt Erbil stark angegriffen, die Zahl der Todesfälle innerhalb der Stadt und in den Flüchtlingslagern nimmt von Tag zu Tag zu. Als Vertreter der Menschen in Erbil bitten wir um Ihre Unterstützung und um Bereitstellung von 10.000 Masken, einem tragbaren Beatmungsgerät und Sauerstofffla-

schen. Wir hoffen auf Ihre Hilfe.“ Kenan Xailany, Stadtratsmitglied von Erbil, per email am 9. August. Er war 2019 Gast der IGFM-Jahresversammlung.

„Wir leben in einer sehr, sehr gefährlichen Situation. Wir brauchen Beatmungsgeräte, Masken und Krankenbetten.“ Es gebe inzwischen hunderte Fälle von corona-infizierten Flüchtlingen. Die nah beieinanderstehenden Container und Zelte in den Flüchtlingslagern förderten die Ansteckung. Die Möglichkeiten der Lager und der regionalen Krankenhäuser wären erschöpft, berichtete Dr. med. Nazar Majid, Generaldirektor des

Die Hilfstransporte fahren wieder

„Am 10.08.2020 ist der Hilfstransport der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich gut angekommen. Vor allem ist das eine große Freude für die Kirchengemeinde, das Krankenhaus und für 200 bedürftige Familien. Die Sachen werden im Lager der Gemeinde gelagert. Wegen der Corona-Pandemie haben viele ihre Arbeit und damit ihr Einkommen verloren. Litauen ist kein reiches Land, und das spürt man, wenn man durch die kleinen Orte Litauens fährt. Ich hatte große Freude, persönlich den Transport empfangen und die Leute aus dem Ort zur Verteilung einladen zu können. Herzlichen Dank für die wichtige und langjährige Unterstützung.“

Jurgita Samoskiene

Vorsitzende der IGFM-Litauen

Hauptgesundheitsamtes in Dohuk, am 10. August per SMS. Der seit Beginn der Pandemie an der türkisch-irakischen Grenze festgehaltene IGFM-Lastzug mit Hilfsgütern wurde vor wenigen Tagen endlich freigegeben. Mit 12 mitgelieferten Krankenbetten haben wir Erste Hilfe leisten können.

Auch Flüchtlinge rufen IGFM-Mitarbeiter Khalil Al-Rasho direkt aus dem Irak an, wie z.B. eine Mutter mit vier Kindern, die erst vor wenigen Tagen aus der Gewalt des IS befreit werden konnte. Ihr Mann war 2014 von IS-Kämpfern umgebracht worden. Gänzlich ohne Besitz und noch vom IS eingekleidet, war sie im Lager Mamrashan ohne Fürsprecher. Anfangs standen für die Erstausrüstung internationale Finanzmittel in ausreichender Höhe zur Verfügung, doch sechs Jahre seit dem Überfall auf die Jesiden geraten solche Notwendigkeiten aus dem Blick. Die IGFM half ihr mit 200 €, die Helfer vor Ort vorgeschossen haben und Khalil Al-Rasho zurückzahlt, wenn er wieder im Irak ist. Und immer wieder Hilferufe von ans Bett oder ans Zelt gebundenen behinderten Flüchtlingen, die Medikamente, Hygienemittel oder ärztliche Hilfe benötigen. Auch sie unterstützen wir zurzeit mit kleinen finanziellen Hilfen.

Trotz corona-bedingten Einschränkungen hat die IGFM in den ersten sechs Monaten schon über 35.000 € für die Finanzierung von Transporten, die Kurse und ihre Lehrkräfte sowie für individuelle Hilfen für die Flüchtlinge aufgebracht. Damit die finanzielle Hilfe sich nicht verselbstständigt und in falsche Hände gerät, und um sich ein aktuelles Bild der Lage zu machen, sind Katrin Bornmüller, Ehrenvorsitzende der IGFM, und Khalil Al-Rasho am 25. August wieder in den Irak gereist. Wir möchten Sie herzlich um Ihre finanzielle Unterstützung bitten. Gerade in der aktuellen Situation setzen die Menschen in die Organisationen, die auch nach sechs Jahren noch helfen, ihre ganze Hoffnung.

**Kennwort für Ihre Spende:
Irak (89)**